

NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

Legislativ- und Arbeitsprogramm der Kommission für 2010



Dr. Thomas Ulmer MdEP

José Manuel Barroso, Präsident der Europäischen Kommission, stellte in dieser Woche das Legislativ- und Arbeitsprogramm der Kommission für 2010 vor. Dabei wurden 25 nichtlegislativ und 9 legislative Maßnahmen angekündigt. In Betracht gezogen für 2010 und darüber hinaus werden 143 nichtlegislativ und 129 legislative Maßnahmen. Im Rahmen des konkreten Arbeitsprogramms 2010 kündigt die Kommission vier Aktionsbereiche an: die Bewältigung der Krise und Bewahrung der Sozialen Marktwirtschaft in Europa; eine Agenda für Bürgernähe, welche die Menschen in den Mittelpunkt der EU-Maßnahmen stellt; die Entwicklung einer ehrgeizigen und kohärenten außenpolitischen Agenda globaler Reichweite sowie die Modernisierung der Instrumente und Arbeitsweise der Europäischen Union. Im Einzelnen verspricht die Kommission für die Krisenbewältigung eine kohärente Strategie. Das „Bankenpaket“ liegt schon auf dem Tisch: Die Kommission kündigt hier neue Vorschläge für Derivate, Leerverkäufe und Credit Default Swaps, Einlagensicherungssysteme, Kriseninstrumente und Eigenkapitalanforderungen an sowie Leitlinien für einen Bankeninsolvenzfonds mit Verpflichtung der Banken zur Abgabe. „Der Regulierung der Banken sehe ich als dringendste Aufgabe der EU“, sagt Dr. Ulmer. Die derzeit diskutierten Vorschläge sollten schnellstmöglich verabschiedet werden. „Mit meinen CDU/CSU-Kollegen und -Kolleginnen im Parlament werde ich die Arbeit der Kommission weiterhin kritisch und konstruktiv begleiten.“

Wir müssen darauf achten, dass die Subsidiarität gewahrt bleibt und dass Europa nur die Bereiche regelt, für welche die Mitgliedstaaten selbst keine Lösungen finden. Außerdem setze ich mich energisch für einen kontinuierlichen Bürokratieabbau ein. Die kleinen und mittleren Unternehmen dürfen nicht unnötig belastet werden“, betonte Ulmer.

Wie die Europäische Union mit der Aschewolke umgeht

Schon seit dem Jahr 1999 diskutiert die Europäische Union über den „Single European Sky“, die Schaffung eines einheitlichen europäischen Luftraums. Dass dieser Vorstoß schon so schnell notwendig sein könnte, war bisher niemandem bewusst. Der Vulkanausbruch auf Island zeigt deutlich, dass eine Harmonisierung des europäischen Luftraums ein schnelleres und besseres Krisenmanagement ermöglicht hätte, da die Aschewolke keine Rücksicht auf Ländergrenzen nimmt. Dazu erklärt der Europaabgeordnete, Dr. Thomas Ulmer (CDU): „Durch unterschiedliche Regelungen auf nationaler Ebene wurden die Flughäfen europaweit unkoordiniert geschlossen. Das ist zurückzuführen auf 27 nationale Kontrollsysteme, die Hunderte von Einzelsektoren überwachen. Ein weiterer Grund für das Chaos ist, dass die Flugsicherung des jeweiligen Landes darüber entschei-

det, welche Sektoren des Luftraums freigegeben oder gesperrt werden. Diese Zersplitterung begrenzt den europäischen Flugraum deutlich und hat dadurch auch Auswirkungen auf den internationalen Flugverkehr.“ Ulmer kritisiert das zögerliche Krisenmanagement der EU-Kommission und der EU-Verkehrsminister. Man habe die Auswirkungen der Aschewolke unterschätzt und zu spät reagiert. „Die EU-Verkehrsminister haben sich erst fünf Tage nach Auftreten der Aschewolke auf einer Telefonkonferenz abgesprochen. Das war zu spät!“, urteilt der CDU-Mann aus Mosbach. Auf Druck der Europäischen Kommission sollen nun bis Ende 2012 so genannte funktionale Luftraumblocke eingerichtet werden, die dafür sorgen sollen, dass sich die Flugrouten nicht mehr an Landesgrenzen, sondern an Verkehrsströmen orientieren. Ein weiteres The-

ma, das im Moment für viel Diskussion sorgt, sind Staatshilfen. Der Luftfahrtverband aller großen europäischen Fluggesellschaften (AEA) stellt mit Sorge fest, dass durch den versiegten Liquiditätsfluss in ein bis zwei Wochen einige der etwa 100 bis 150 Airlines in Europa vor der Pleite stehen werden. Daher wurden schon nach wenigen Tagen erste Rufe nach Staatshilfen zu hören. „Im Normalfall sollte die Politik nur dann helfen, wenn eine ganze Branche durch eine Katastrophe an den Abgrund getrieben wird. Deshalb muss mit Staatshilfe vorsichtig umgegangen werden, um eine Wettbewerbsverzerrung zu vermeiden, indem man

sowieso schon angeschlagenen Unternehmen Finanzhilfen zusichert“, erklärt Ulmer. Auch die Europaabgeordneten mussten mit erschwerten Reisemöglichkeiten in dieser Woche kämpfen. Aufgrund des Flugverbots konnten zahlreiche Abgeordnete nicht zur Plenarwoche nach Straßburg reisen. Zwar waren mehr als die Hälfte der insgesamt 736 Parlamentarier anwesend, jedoch war der regionale Proporz nicht gegeben, da aus einigen Mitgliedstaaten kaum Abgeordnete vor Ort waren. Aus diesem Grund wurden alle Abstimmungen abgesagt und es fanden nur einige wenige Sitzungen statt.

NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

Griechenland braucht mehr finanzielle Hilfen

Griechenland tut sich immer schwerer damit, sich Kapital zu besorgen. Der Risikoaufschlag für zehnjährige Staatsanleihen stieg zwischenzeitlich auf den höchsten Stand seit Einführung des Euros. Geldgeber fordern eine Rendite von 7,6 Prozent während Deutschland im Vergleich nur 3,1 Prozent bieten muss. Anleger bereiten sich daher bereits auf ein Schreckensszenario am Kapitalmarkt vor. Investoren könnten in 30 Jahren für 100 geliehene Euro nur noch 68 Euro zurückbekommen. Stimmen werden laut, dass Anleger, die hochverzinslichen griechischen Wertpapiere im Vertrauen auf eine Rettung gekauft haben, dies in Zukunft noch bereuen könnten. 2009 beliefen sich die Schulden des Eurolandes auf 284 Milliarden Euro (117 Prozent des BIP), 2020 könnte dieses Niveau jedoch schon auf 171 oder sogar auf 192 Prozent des BIP anwachsen. Um die Maastrichtgrenze von drei Prozent des BIP zu erreichen, müsste Griechenland in den kommenden drei Jahren seine Sozialausgaben und Löhne um rund 30 Prozent senken, wozu die Bevölkerung aber nicht bereit wäre. „Immer öfter kommen deshalb Zweifel auf, ob die bisher geplanten finanziellen Hilfen ausreichen, um Griechenland aus der Schuldenkrise zu befreien. Die 16 Euroländer haben sich darauf geeinigt, Griechenland bis zu 30 Milliarden Euro im laufenden Jahr zur Verfügung zu stellen. Dazu kommen weitere 15 Milliarden vom Internationalen Währungsfonds (IWF),“ erklärt Thomas Ulmer. Für 2011 und 2012 wird der IWF, so wie es im Moment aussieht, jedoch keine weiteren Gelder für das Mittelmeerland zur Verfügung stellen. Somit müssten die Euroländer für weitere finanzielle Kredite in den nächsten Jahren aufkommen. Bundesbankpräsident Weber rechnet damit, dass insgesamt bis zu 80 Milliarden Euro gebraucht werden, um Griechenland zu retten. Das bedeutet, dass die Euroländer noch bis zu 35 Milliarden Euro für die kommenden beiden Jahre zusätzlich zur Verfügung stellen müssten. Deutschlands Anteil würde damit um 9,8 Milliarden Euro auf insgesamt 18 Milliarden Euro ansteigen. Unmut kam bisweilen in der deutschen Regierung auf, da es im Gespräch sei, die umstrittenen Hilfen für Griechenland in anderen Gesetzen zu verstecken. Andere warnten dafür, dass dies in ein „ganz neues Transfersystem innerhalb Europas münden“ könnte. Ein Zahlungsausfall Griechenlands könnte jedoch die anderen Länder mit in den Abgrund reißen, da Vertrauens- und Ansteckungseffekte ein großes Risiko darstellen. Dies würde dann voraussichtlich zu einem enormen wirtschaftlichen Rückschlag in den anderen Euroländern führen. In Deutschland bereiten derweil vier Wirtschaftsexperten eine Klage vor dem Verfassungsgericht vor, sollte sich die Währungsunion in Richtung einer Haftungsgemeinschaft entwickeln. Ihrer Meinung nach sind die Hilfszusagen der Bundesregierung ein Verstoß gegen Artikel 125 Lissabonvertrag, wonach kein Mitgliedsstaat für die Schulden eines anderen haftet. Der Tübinger Wirtschaftsprofessor Joachim Starbatty, einer der Kläger, sieht die Stabilitätsgemeinschaft bedroht, wenn sich die Mitgliedsstaaten darauf verlassen, dass sie im Falle eines Falles mit einem finanziellen Auffangnetz rechnen können. Laut dem Wissenschaftler kann Griechenland nur gerettet werden, wenn es die Eurozone verlässt. In diesem Fall wäre es währungspolitisch souverän und könnte um bis zu 40 Prozent abwerten, um wieder international konkurrenzfähig zu werden. Wie bei jeder anderen Insolvenz müssten Griechenland und seine Gläubiger eine Quote aushandeln, zu der die Schulden zurückzahlen sind. Weiter argumentiert Starbatty, dass das jetzige von der EU aufgezogene Sparprogramm im Endeffekt Griechenland nur in eine tiefere Depression stürzen wird. Und noch dazu würden die versprochenen finanziellen Hilfen unumgänglich zu einer höheren Inflation in den Euro-Staaten führen und letztendlich die Sparanlagen und Altersvorsorgen vieler Bürger entwerten.



Premierminister Giorgos Papandreou

Koordinierung der humanitären Hilfe und des Wiederaufbaus in Haiti

Unmittelbar nach dem verheerenden Erdbeben auf Haiti stellte die Europäische Union über die Kommission und die EU-Mitgliedsstaaten humanitäre Soforthilfe in Höhe von über 300 Mio. EUR zur Verfügung. Das Verfahren der Europäischen Union für den Katastrophenschutz wurde rasch in Gang gesetzt, um den EU-Mitgliedsstaaten dabei zu helfen, die Mobilisierung der Zivilschutzmittel, u. a. Such- und Rettungsteams, zu koordinieren. Weitere 100 Mio. EUR wurden für die Wiederherstellung der Kapazitäten der Regierung bereitgestellt. Ein Paket von 200 Mio. EUR wurde für längerfristige Wiederaufbau- und Wiederherstellungsmaßnahmen zugesagt. Dr. Thomas Ulmer sagt dazu: „Das Erdbeben auf Haiti war verheerend und die Menschen dort sind auf unsere schnelle und zuverlässige Hilfe angewiesen. Es ist beeindruckend, welch große weltweite Solidarität dieses Ereignis hervorgerufen hat. Jetzt müssen wir dafür sorgen, dass die Hilfe auch entsprechend koordiniert wird.“ Die Kommissarin für Internationale Kooperation, Humanitäre Hilfe und Krisenbewältigung, Kristalina Georgieva, stellte in dieser Woche den Europaabgeordneten die großen Herausforderungen vor, die Haiti derzeit zu bewältigen hat. Demnach gibt es vier Schwerpunkte: die Fortsetzung der humanitären Hilfe im Bereich der Gesundheit, Hygiene und Aufbau, einen ganzheitlichen Ansatz zur Krisenbewältigung aufrechterhalten, effektive Koordinierung der Unterstützung sowie der Übergang von humanitärer Hilfe zu



Erholung und Wiederaufbau. Die Bulgaren betonte, dass derzeit 10.000 bis 30.000 Menschen in Notlagern leben und dass diese schnellstmöglich ein Dach über dem Kopf benötigen. „Die begonnene Hilfe muss nun kontinuierlich

und effektiv weitergeführt werden. Für die bevorstehende Regenzeit und die Hurrikan-Saison müssen die Menschen ausgerüstet sein. Wir dürfen Haiti jetzt nicht im Stich lassen“, forderte Ulmer.

Impressum

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Dr. Thomas Ulmer MdEP (CDU).

Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt.

Herausgeber: Dr. Thomas Ulmer MdEP (verantw.), Tarunstr. 21,

74821 Mosbach, Telefon 06261 893991, Telefax 06261 893060

Redaktion und Gestaltung: Matthias Busse, Mobil 0171.6809454

Powered by: www.busse-nahrgang.com

Bildnachweise: 12-11-09 Pano hemi 6.jpg Copyright: © Photo Parlement Europeen /

<http://ec.europa.eu> Reference: P-001309/00-14 / <http://www.photo-service.europa.net>

europa.eu - 20100318_Buzek-Papandreou_137.jpg 18-03-2010 Rendition / <http://ec.europa.eu> - Reference: P-016573/00-19

Texte: Dr. Thomas Ulmer MdEP

E-Mail: info@thomasulmer.eu; Internet: www.thomasulmer.eu